

FreiBrief aus Berlin

4/2016



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Osterfeiertage wurden von den Anschlägen auf den Flughafen von Brüssel und auf die Metro überschattet. Meine Gedanken gelten den Opfern und den Angehörigen. Die Bedrohungen, die vom sog. Islamischen Staat ausgehen, sind so groß wie nie. Zum einen müssen wir den Friedensprozess in Syrien weiter unterstützen. Erst wenn sich alle Akteure auf den gemeinsamen Kampf gegen die IS-Terroristen konzentrieren, wird es uns gelingen, den Terror wirksam einzudämmen. Zum anderen müssen wir die europäischen Sicherheitsbehörden weiter stärken, wie etwa mit dem gemeinsamen Austausch von Daten oder der Errichtung eines europäischen Terrorabwehrzentrums. Auch nationale Maßnahmen, die zum Teil bereits umgesetzt sind – wie bspw. den Straftatbestand Terrorismusfinanzierung oder das Entziehen der Pässe von Extremisten – gilt es weiter zu verfeinern.

Die CDU Baden-Württemberg hat bei der Landtagswahl am 13. März eine bittere Niederlage erlitten. Für mich ist klar, dass wir das Ergebnis gründlich aufzuarbeiten haben und dies insgesamt auch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. In diesen schwierigen Zeiten müssen wir als große Partei zusammenstehen. Gleichzeitig gilt es unsere staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen und das Land in eine gute Zukunft führen. Die CDU war immer dann erfolgreich, wenn die Sache im Vordergrund gestanden hat. Dies ist jetzt notwendiger denn je und das werden wir in den Koalitionsverhandlungen unter Beweis stellen.

Herzlichst

INHALT

<i>Bundesverkehrswegeplan: Lückenschluss B523 und Orts- umfahrungen Randen / Zollhaus kommen!</i>	2
<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkampf</i>	5
<i>Meine Wochen in Berlin auf Facebook</i>	6

www.thorsten-frei.de



Bundesverkehrswegeplan: Lückenschluss B523 und Ortsumfahrungen Randen / Zollhaus kommen!

Ich freue mich sehr, dass die vielfältigen Bemühungen von Politik, Wirtschaft und kommunaler Seite Früchte tragen und die in meinem Wahlkreis gelegenen Straßenbauprojekte von der Bundesregierung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans eingestuft wurden. Mit dieser Priorisierung werden der Lückenschluss der B 523 zwischen Villingen-Schwenningen und St. Georgen sowie die Ortsumfahrungen Randen und Zollhaus bei Blumberg vom Bund im Planungszeitraum ermöglicht. Baubeginn und Realisierung sind nunmehr für alle Beteiligten abzusehen. Zusammen mit der Finanzierungszusage aus Berlin für den leistungsfähigen Ausbau der B 27 zwischen Donaueschingen und Hüfingen im vergangenen Jahr wird die Straßeninfrastruktur im Schwarzwald-Baar-Kreis und damit in der gesamten Wirtschaftsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg deutlich aufgewertet und gestärkt. Das ist eine hervorragende Nachricht für die vielen erfolgreichen Unternehmen, die in alle Welt exportieren und für die leistungsfähige Straßen ein Standort- und Erfolgsfaktor sind. Das gilt auch für den Tourismus, da die Region für Gäste aus nah und fern insgesamt einfacher und schneller zu erreichen ist. Und sie ist in erster Linie auch ein Riesengewinn für die Menschen in der Region, da auch sie täglich Zeit sparen und viele Anwohner durch die vorgesehene Verkehrsführung nachweislich entlastet werden. Jetzt gilt es, den weiteren parlamentarischen Prozess konstruktiv zu begleiten, um mögliche Fallstricke und Verschiebungen bei den mehr als 2.000 angemeldeten Projekten frühzeitig zu erkennen und auszuräumen. Parallel dazu müssen die Landesregierung und die Verantwortlichen vor Ort zusammen mit der betroffenen Öffentlichkeit dafür sorgen, dass Interessenkonflikte ausgeräumt und die Rahmenbedingungen für einen möglichst schnellen Abschluss der Planungen geschaffen werden. Wie das Beispiel der B27 zeigt, kann es mit der Mittelfreigabe schneller gehen als mancher heute noch denkt.

Bericht aus Berlin

In den vergangenen beiden Wochen haben vor allem zwei Ereignisse die Geschehnisse in Europa dominiert. Zum einen der März-Gipfel des Europäischen Rates. Zum anderen die schrecklichen Terrorattacken mit mehr als 30 Toten und 230 Verletzten in Brüssel. Beide werden vor allem die Diskussion in Bezug auf die Flüchtlingsströme in Richtung Europa ändern.

Einigung der EU mit der Türkei öffnet Weg zu einer europäischen Gesamtlösung



Erfreulicherweise haben sich die Europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihrer Tagung am 18./19. März auf eine gemeinsame Vereinbarung zur illegalen Migration von der Türkei nach Griechenland geeinigt. Im Kern geht es darum, dass ab dem 20. März 2016 alle illegal einreisenden Flüchtlinge von Griechenland zurück in die Türkei geschickt werden. Damit wollen wir den Schleppern an einem neuralgischen Punkt das Handwerk legen und ein starkes Signal an die Flüchtlinge senden. Im Gegenzug haben wir der Türkei die Aufnahme eines syrischen Flüchtlings aus der Türkei in die EU für jeden rücküberführten illegalen Flüchtling zugesagt und neue Impulse in Bezug auf ein mögliches EU-Beitrittsverfahren, zusätzlich finanzielle Mittel für die Versorgung der Flüchtlinge im eigenen Land sowie eine Visaliberalisierung in Aussicht gestellt. Der Gipfel und das Ergebnis aber haben zwei Dinge deutlich unterstrichen. Erstens: Bundeskanzlerin Angela Merkel steht bei allem Dissens und bei allen praktischen Schwierigkeiten in Europa nicht allein, wie das gerne von den Medien

oder auch populistischen Kräften beschworen wurde. Zweitens: Womöglich ist nach etlichen Alleingängen der Knoten geplatzt und der Weg öffnet sich nun für eine nachhaltige europäische Gesamtlösung. Natürlich müssen wir schauen, ob der Deal mit Ankara greift und unsere türkischen Partner die Abmachungen einhalten. Gleichzeitig müssen wir organisieren, dass wir den Griechen schnell unter die Arme greifen und die Umverteilung der syrischen Flüchtlinge aus türkischen Lagern solidarisch gelingt. Dennoch bin ich optimistisch, dass Europa sich auch in dieser Krise zusammenrauft und eine tragfähige Lösung findet.

Terror in Brüssel unterstreicht Verwundbarkeit offener Gesellschaften und Integrationsdefizite



Mit den Terrorattentaten in Brüssel am 22. Januar 2016 haben die islamischen Terroristen des sog. Islamischen Staates wie zuvor in Paris einen Angriff auf unsere Gesellschaft, unsere Werte, unsere Freiheit und unsere Art zu leben vollzogen. Die Geschehnisse zeigen einmal mehr, dass die Gefahren des Terrors in Europa allgegenwärtig sind und jederzeit auch bei uns greifen können. Damit dies nicht geschieht, müssen wir bei der Bekämpfung islamistischer Gefährder und Strukturen in Europa noch enger zusammenrücken. Die Flüchtlingskrise ist letztlich auch eine Terrorkrise und wir müssen beides miteinander verknüpft betrachten. Es bedarf nicht nur eines einheitlichen europäischen Außengrenzschatzes und eines gemeinsamen Asylrechts mit einheitlichen Standards. Wir müssen angesichts der furchtbaren Bilder aus Brüssel den Dissens in innenpolitischen Fragen überwinden. Für mich bedeutet das, dass wir zumindest eine gemein-

same Anti-Terrordatei entwickeln, in der die Daten und Informationen aller Mitgliedsstaaten einfließen. Gleichzeitig sollten wir über ein einheitliches Ein- und Ausreiseregister nach dem Vorbild der USA arbeiten. Für die Gründung eines gemeinsamen europäischen Nachrichtendienstes sehe ich im Moment aber keine Notwendigkeit. Unabhängig von den skizzierten Maßnahmen müssen wir aber auch feststellen, dass Terror in Europa vor allem von europäischen Staatsbürgern begangen wird, auch wenn diese zumeist einen Migrationshintergrund besitzen. Der Terror von heute ist das Ergebnis einer verfehlten Integrationspolitik von gestern. Damit wir die gleichen Fehler nicht wiederholen und die zu uns kommenden Flüchtlinge nicht die Terroristen von morgen sind, müssen wir unsere Integrationspolitik auf den Prüfstand stellen und ganz klare Anforderungen an die Zuwanderer formulieren.

Haushalt 2017 ohne Schulden



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat in der vergangenen Woche die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2017, der im kommenden Jahr 325 Mrd. EUR umfassen soll, und den Finanzrahmen bis zum Jahr 2020 vorgestellt. Die gute Nachricht vorweg: Dank CDU und CSU steht unverändert die „schwarze Null“ – trotz überbordender Forderungen nach sozialen Wohltaten und moderaten Erhöhungen für den Schutz unseres Landes und zur Bewältigung der Flüchtlingsherausforderungen. Wir werden weiterhin ohne neue Kredite auskommen und damit einen wichtigen Beitrag für die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten unserer Kinder leisten. Dank der günstigen Konjunktur und unserer sparsamen Haushaltsführung konnten wir im vergangenen Jahr einen Puffer von mehr als 12

Mrd. EUR aufbauen, der es uns erlaubt, die finanziellen Anstrengungen zur Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge abzufedern. Wir werden aber auch die Ausgaben zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger nach innen und außen erhöhen. So erhält die Bundeswehr in den kommenden Jahren mehr als 10 Mrd. EUR zusätzlich, um die Verteidigungsbereitschaft und die Bündnisfähigkeit durch eine Aufstockung des Personals und die Modernisierung von Waffen und Gerät zu erreichen. Und auch im Bereich von Polizei und den sonstigen Sicherheitsbehörden werden wir in den kommenden vier Jahren 2,1 Mrd. EUR zusätzlich in Personal und Kapazitäten stecken, damit wir den Gefahren des Terrors mit Kraft und allen verfügbaren Mitteln entgegen stellen können. Wir werden aber nicht nur auf aktuelle Geschehnisse und Krisen reagieren, sondern durch eine kluge Investitionspolitik den Standort Deutschland und seine Potenziale deutlich stärken. Beispielsweise erhöhen wir die Investitionen in die Infrastruktur auf 33,7 Mrd. EUR und für Bildung und Forschung auf 22,6 Mrd. EUR.

[Rede zur Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Somalia](#)



Für die Verlängerung des Bundeswehrmandats an der EU-Trainingsmission in Somalia sprechen für mich allein die bloßen Zahlen eine deutliche Sprache. Von fast 11 Mio. Menschen haben 2/3 keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt deutlich unter 1.000 US-Dollar. Es gibt kaum oder wenige Jobs. Das wird vor allem deshalb zum Problem, da 43 % der Bevölkerung unter 14 Jahren und sogar mehr als 60 % unter 25

Jahren alt sind. Gerade bei jungen Menschen sorgen Perspektivlosigkeit und die zunehmende Trockenheit für Terror oder Flucht. Wegen der gegenwärtig in Europa spürbaren Auswirkungen von Flucht und Terror habe ich mich bei meiner Rede für die Verlängerung unseres Engagements ausgesprochen. Ich bin bei meinen Ausführungen aber noch weiter gegangen. Ich bin überzeugt, dass wir unser Engagement sogar noch ausbauen sollten, um für Sicherheit und wirtschaftliche Perspektiven zu sorgen. Letztlich sind jeder Schweißtropfen und jeder Euro im Bereich der Fluchtursachenbekämpfung – und nichts anderes ist diese EU-Mission – bestens angelegt und helfen wachsende Ausgaben bei uns einzudämmen. [Das vollständige Video der Rede können Sie hier abrufen.](#)

[Parteiendialog in China](#)



Eine Delegation von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der auch ich angehörte, war kürzlich auf Einladung der Kommunistischen Partei Chinas zur 10. Auflage des Parteiendialogs und zahlreichen Gesprächen mit Politik und Wirtschaft in China zu Gast. Die sehr eindrückliche Reise führte uns nach Peking, Jieyang und Guangzhou. Eine Art politischer Höhepunkt für mich das Zusammentreffen mit Hu Chunhua, dem Parteisekretär des Provinzkomitees Guangdong, gewesen. Hu ist Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas und damit einer der 25 führenden Köpfe des chinesischen Milliardenreichs. Der Parteiendialog konzentrierte sich auf die beiden Felder Außen- und Sicherheitspolitik sowie Wirtschaft in Zeiten von Industrie 4.0. Ich selbst schilderte unter anderem in einem Vortrag vor hochrangigen Vertretern des chinesischen Außenministeriums die

deutschen Interessen in der komplexen internationalen Lage, der sich Europa in unmittelbarer Nachbarschaft zu stellen hat. Einigkeit bestand vor allem bei der Feststellung, dass in einer globalisierten Welt Probleme nur mit internationalen Mechanismen in den Griff zu bekommen seien. Für mich war die Reise äußerst eindrücklich und auch mein persönliches Fazit ist am Ende des Tages eindeutig: China ist bereits jetzt ein entscheidender Akteur auf der Weltbühne. Heute und erst recht in Zukunft ist keine Ordnung ohne China denkbar. Das betrifft insbesondere viele Unternehmen aus unserer Region, die seit Jahren in China engagiert sind und in dem weltgrößten Absatzmarkt zum Teil auch produzieren. Gerade deshalb sind Kooperation und Zusammenarbeit mit Peking für uns so wichtig.

Petition eines Villingener Rentners zu Hinzuverdienstgrenzen eingereicht

In der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor Ostern bin ich vom Villingener Rentner Johannes Brunnhuber mit der Bitte angeschrieben worden, eine Petition zu Hinzuver-



dienstmöglichkeiten beim Deutschen Bundestag einzubringen. Dieser Bitte bin ich gerne nachgekommen. Ich habe den Vorgang in den offiziellen Verfahrensgang eingespeist und an die Kollegen im Petitionsausschuss weitergeleitet.

Mit Blick auf das konkrete Anliegen bin ich voll und ganz auf der Seite von Herrn Brunnhuber. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels kommt es für mich darauf an, dass die Hinzuverdienstmöglichkeiten insgesamt besser werden und den Menschen nicht so viel abgezogen wird wie bisher. Das ist nötig, um ältere Arbeitnehmer länger im Job zu halten und um Langzeitarbeitslose besser als bisher zu motivieren, wieder in Arbeit zu kommen, um dadurch den Fachkräftemangel zumindest ein Stück weit abzufedern. Das ist aber ebenso nötig, um Altersarmut zu vermeiden und

den Gedanken der Eigenverantwortung zu stärken.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Geburtshilfe - eine Investition in unsere Kinder



Im Hebammenhaus Villingen traf ich mich erneut mit klinischen und freiberuflichen Hebammen, aber vor allem mit Eltern neugeborener Kinder, um mich mit ihnen über die aktuell verbesserte Situation der Schwangerenbetreuung bzw. der Hebammenvergütung auszutauschen. Für Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und alle Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen wie auch mich sind die Arbeit und Belange der Hebammen unverändert von hoher gesellschaftlicher Bedeutung. Aus meiner Sicht ist die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammenhilfe eine Investition in unser wichtigstes Gut - unsere Kinder. Aus diesem Grund haben wir nicht gezögert mithilfe eines Sicherstellungszuschlages in Höhe von 2,6 Mio. EUR die Prämiensteigerung bei den Krankenkassen aufzufangen. Nun ist aber besonders das Land gefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Eltern und besonders jungen Familien besser als bisher ermöglichen, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

Elektromobilität von Schülern für Schüler - richtungsweisendes Projekt der Gewerblichen Schulen Donaueschingen



Beim Seminarkurs "Elektroauto" der Gewerblichen Schulen Donaueschingen informierte ich mich über ein besonders nachhaltiges Projekt. Mit einem inzwischen auf 50.000 € angewachsenen Budget wollen 7 Schüler der Klasse 12 am Technischen Gymnasium ein Carport mit Solarenergiemodulen und einer integrierten Schnellstation bauen. Daran anschließend wollen sie im Rahmen eines Carsharing-Modells Schülern, Lehrern und zu guter Letzt einer breiten Öffentlichkeit ein Elektroauto zur Verfügung stellen. Dieses beispielgebende Leuchtturmprojekt beeindruckt mich deshalb im besonderen Maße, weil es die Stärke, Kompetenz und Zukunftsfähigkeit des beruflichen Schulwesens im Schwarzwald aufzeigt und gleichzeitig die Automobilität von heute unter Aspekten der Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes ganz praktisch neu denkt. Ich werde die Schüler und das Projekt im Rahmen meiner Möglichkeiten bestmöglich unterstützen, da letztlich an dieser Zukunftstechnologie kein Weg vorbeiführt, wenn man bei zur Neige gehenden fossilen Rohstoffen ehrlich an den selbstgesteckten Klimazielen festhalten will.

Werksneubau eröffnet - ebm papst investiert in St. Georgen



Nach knapp einjähriger Bauzeit eröffnete die Firma ebm-papst den ersten Bauabschnitt seines Werksneubaus in St. Georgen-Hagenmoos. In einem kurzen Grußwort dankte ich den Verantwortlichen des Technologieführers von Ventilatoren und Motoren, der rund 5 Mio. EUR in eine neue Elektronikfertigung investierte, für ihr klares Bekenntnis zum Standort St. Georgen und

zur Innovationsregion Schwarzwald-Baar. Durch die Investition erhält und schafft sich der mit etwa 1.450 Mitarbeitern größte Arbeitgeber der Stadt konsequent und langfristig sehr gute Zukunfts- und Wachstumsperspektiven. Darüber hinaus beeindruckt das Unternehmen mit einem bahnbrechenden Energiekonzept, höchsten Qualitätsansprüchen und einem Investitionsvolumen von 95 Millionen EUR in Forschung und Entwicklung im vergangenen Jahr.

Eröffnung der Jobs-for-future-Messe in Villingen-Schwenningen



Jobs for Future, die Messe für Arbeitsplätze, Aus- und Weiterbildung, in Villingen-Schwenningen ist mit etwa 16.000 Besuchern nach Mannheim die größte Berufsmesse Süddeutschlands. Zur Eröffnung der 14. Auflage machte ich deshalb deutlich, wie wichtig gerade in einer Region mit faktischer Vollbeschäftigung und prosperierender Wirtschaft passgenaue Angebote sind, um Arbeitgeber und die Mitarbeiter der Zukunft zusammen zu bringen. Bei einem ausgiebigen Rundgang durch die von 260 Ausstellern bestückten Messehallen tauschte ich mich in zahlreichen interessanten Gesprächen intensiv aus.

Meine Woche in Berlin auf Facebook

Besuchen Sie mich auf Facebook. Am Ende einer jeden Sitzungswoche in Berlin schildere ich in einem kurzen Videobeitrag meine Eindrücke.

Hier geht's zum Facebookauftritt:
www.facebook.de/ThorstenFreiCDU

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: (030) 227 73 972
 Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
 78048 Villingen-Schwenningen
 Tel.: (07721) 99 535 44
 Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
 Internet: www.thorsten-frei.de
 facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU